

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 151.

Montag, den 12. Juli 1920.

160. Jahrgang.

### Ueberwältigender Sieg des Deutschtums im Osten.

Das vorläufige Ergebnis der Volksabstimmung.

**Berlin, 12. Juli.** In Westpreußen entfielen von 99 316 abgegebenen Stimmen 91 634 auf Deutschland, 7 682 auf Polen, demnach 92 % deutsche. In Ostpreußen entfielen von 361 063 abgegebenen Stimmen 353 655 auf Deutschland, also 97,9 % deutsche Stimmen.

Das Deutschtum im Osten hat nach diesem Ergebnis der Volksabstimmung wie ja von vornherein zu erwarten war, einen überwältigenden Sieg errungen. Die politischen Stimmen stellen eine so verschwindende Minderheit dar, daß das Ergebnis besonders auch im Ausland geradezu konsensfähig wirken dürfte. Man darf nur hoffen, daß die Abstimmung in Oberschlesien, wo ja allerdings die Verhältnisse weniger klar liegen, ein ähnliches erfreuliches Resultat zeitigen wird.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist die Abstimmung sowohl in Ost- wie in Westpreußen überall zu 100 % verlaufen.

### Politischer Streik am Vorabend der Abstimmung.

München, 10. Juli. Gestern nachmittag trat die städtische Arbeiterschaft in den Streik. Das Wasser- und Elektrizitätswerk wurden stillgelegt, aber am Abend durch die technische Reserve wieder in Betrieb gesetzt. Der Grund soll angeblich der Lohnstreik sein, doch scheint eine politische Bewegung seiner Hauptursache der Unabhängigen dahinterzustecken, die offen oder heimlich für Polen agitieren. Eine Einigung vor der Abstimmung hält man nicht für wahrscheinlich. Die Interalliierte Kommission tritt trotz ihres kürzlich erlassenen Streikverbots nicht ein. Für den Fall von Störungen der Volksabstimmung sind unternormale politische Maßnahmen vorgesehen. In der Bücherei hat das Verhelfen der Unabhängigen in diesen Tagen, wo jede Parteipolitik Wahlsinn ist, Empörung hervorgerufen.

### Die Katastrophe von Spaan.

Die erschütternde Niederlage der deutschen Delegation bei den Heresverhandlungen in Spaan wird noch andere Niederlagen in Gesellschaft haben. Auch ist allerdings der finanzielle Teil der Wiedergutmachungsverhandlungen nicht zur Sprache gekommen, aber wir merken es jetzt schon an den Stößenverhandlungen, daß die Alliierten die Art an die Wurzeln der nationalen Selbständigkeit in Deutschland legen werden. Die Hauptlast an den katastrophalen Zusammenstößen, die wir jetzt in Spaan erleben müssen, trägt die Politik des verfallenen Koalitionregimes, das sich den furchtbaren Forderungen hingeben hatte, die von der neuen Regierung in ihrem schlimmen Ausmaß übernommen wurden. Wir erleben wieder einmal das Schauspiel der eiserne Faust in der Politik und in der Geschichte. Hat einmal ein Staat den Weg zum Verhängnis eingeschlagen, so kann dieser Weg nicht eher verlassen werden, als bis er zu einer radikalen Lösung geführt hat. Die Blindheit der Parteipolitiker in Deutschland hat diese fundamentale politische Weisheit nicht erkannt, sonst würde man nicht mit Kompromissen und Vergleichen das parlamentarische System zusammengesetzt und zusammengebrochen haben, das uns jetzt zum endgültigen nationalen Zusammenbruch führt.

Die Konferenz von Spaan revidiert tatsächlich den Friedensvertrag, aber sie ändert ihn nicht in mitberühmendem Sinne ab, sondern sie verfährt ihn und gibt ihm noch größere Härten, als man es je ahnen mochte. Das zeigen auch die Verhandlungen in der Kohlenfrage. Die aufgestellten Forderungen überreffen alle Abmachungen des Friedensvertrages. Sie legen Deutschland in einem Maße fest, daß die Entwicklungsfreiheit der deutschen Industrie vernichtet wird. Wenn Milnerand die Priorität der vorgeschriebenen Lieferungen an Frankreich vor denen an die deutschen Abnehmer verlangt, und zwar mit der Begründung, daß die Lage Frankreichs in der Kohlenfrage schlimmer als die der Deutschen sei, so ist das eine Unverschämtheit, die nicht genug gebremst werden kann. Als Ersatz für die zerstörten Kohlengebiete in Frankreich ist den Franzosen das Saargebiet zur Ausbeutung übergeben worden. Darüber hinaus liefert Deutschland noch ein unerschöpfliches Quantum, so daß der eigene Bedarf Frankreichs als nahezu gedeckt betrachtet werden kann. Nun muß man aber wissen, daß Frankreich vor dem Kriege große Kohlenmengen einführen mußte, teils aus Deutschland teils aus England. Für diese Bedarfe braucht Deutschland, wenn es nach Gerechtigkeit geht, keineswegs zu haften; sondern nur für das, was durch die Zerstörung in Frankreich verloren ging. Seinen übrigen Bedarf mußte Frankreich durch Einfäufe im Ausland zu decken versuchen, genau so, wie es das vor dem Kriege auch tun mußte. Nun soll aber nach den Kohlenverhandlungen Deutschland den gesamten Bedarf Frankreichs an Kohlen als Wiedergutmachung zur Verfügung stellen. Das geht natürlich über alle Abmachungen im Friedensvertrag hinaus, denn Deutschland braucht danach nur das, was zerstört ist, wiedergutmachen.

Wenn Deutschland die Kohlenlieferungen der Alliierten anerkennt, so ist es wirtschaftlich vernichtet. Darüber brauchen wir uns keiner Täuschung hingeben, denn nur das freie Verfügen über die Kohle ist die deutsche Kohle als ein einziges Zahlungsmittel die Kohle. Reicht uns aber die Kohle, so sind wir auf den Kredit angewiesen, der uns aber bei den außerordentlich schiefen Ausfällen unserer Wirtschaft nur sehr selten selbst darauf hinaus, Frankreich und England zu den vorhererlebenden Wirtschaftsmächten in Europa zu machen. England besitzt große Kohlenvorräte, aber es will von ihnen an andere Länder nichts abgeben, weil es seine eigene Industrie so außerordentlich gefördert hat, daß es gerade seinen eigenen Bedarf deckt. Außerdem will es von Frankreich große Mengen Eisen geliefert haben, wofür dieses aber wiederum Kohle verlangt. Natürlich denkt England gar nicht daran, den Franzosen Kohle für Eisen zu geben, sondern es will seine Kohlen für sich behalten und den Franzosen dafür Textilrohstoffe geben, die es in großem Überfluß hat. Da nun Frankreich auf Kohle besteht, so müssen die Engländer darin ein, daß Frankreich sich an den deutschen Kohlenvorräten schadlos hält. Nach dieser Richtung hin sind also Franzosen und Engländer einig. Sie haben sich sogar den Raub geteilt. Leidtragender ist wie immer das wehr- und hilflose Deutschland, das dem Diktat seiner Feinde preisgegeben ist. Die allergrößte Härte der Kohlenforderungen der Alliierten besteht nun darin, daß man die Kontrolle über die deutsche Kohlenproduktion ausüben will, was Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht zum Rohstoffland der Entente macht.

### Umstimmung in Spaan?

### Deutscher Widerstand in der Kohlenfrage

Erfreulicherweise fand das Ultimatum in der Kohlenfrage in der deutschen Delegation in Spaan keine berechtigtigen Unterzeichen. Die Alliierten konnten bis zu der am Sonntagabend um 11 Uhr abgelaufenen Frist ihren Willen nicht durchsetzen und die Unterzeichnung fand zu diesem Zeitpunkt nicht statt. Dies ist wohl der beste Beweis für die Entschlossenheit zu danken, die die Alliierten überzeugen, daß ein so wichtiges wirtschaftliches Problem nicht durch einfaches Diktat und Zwangsmassnahmen zu lösen ist.

Zunächst sprach Minister Simons endlich den Gedanken aus, daß die Kohlenfrage nicht für sich allein behandelt werden könne, sondern in dem Kontext der Gesamtfragen nur ein Glied sei. Hugo Stinnes (dessen bedeutsame Rede wir in der Beilage ausführlich wiedergeben), erhielt zwei Ordnungsrufe, einmal, als er stehend auftrat, er wolle den Zuhörern ins Gesicht sehen, an die er sich wende, zum andern, als er darauf hinwies, daß die Alliierten sich von ihrer Siegerkrankheit befreien müßten. Er zeigte auch die Alliierten durch seine Erklärung, daß die Alliierten ja das Unkraut nicht weichen können, was sie wahrscheinlich wieder schwarze Truppen verwenden würden. Treffende Argumente enthielt auch die Rede des Abg. S. der auf den Entschluß der Vertreter hinwies, am Beschlußstand festzuhalten. Man könne ja ins Reichschloß 150 000 Kohlenarbeiter entsenden, aber erst müßte man dafür sorgen, daß diese gut ernährt und untergebracht werden. Die Alliierten könnten beschließen, Wasser zu lassen, die Kohlenfrage könne nur durch ein Abereinstimmen zwischen den Arbeitern aller Länder gelöst werden. Unter dem Eindruck dieser beiden Vorträge kam sich von 11 Uhr mittags an 4 Uhr nachmittags.

### Eine „persönliche“ Rede Milnerands.

In der Sonntagabendnachmittagssitzung erklärte zunächst Milnerand, daß die Darlegungen der deutschen Vertreter über die Kohlenfrage sehr wertvoll seien, daß die deutschen Kohlenlieferungen wirtschaftlich vermindert, trotz ihres Reiches, von Artikel 18 des Annexes II des Friedensvertrages Gebrauch zu machen, bemitleide sich die Entente aber mit Rücksicht auf die Zukunft. Bei der Abgabe einer Erklärung über die Tragweite des in Beschluß der Alliierten festgesetzten Prioritätsrechtes Frankreichs in der gesamten deutschen Kohlenförderung verhielt sich Milnerand, daß Deutschland eigener Bedarf gerecht zu machen und seine Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden sollte. Die Entente-Sachverständigen hätten sofort mit den deutschen Sachverständigen zusammenzutreten, um den deutschen Kohlenlieferungen zu helfen. Milnerand schloß mit der Versicherung, daß Frankreich von keinerlei Danksgefühl gegen das deutsche

### Woll besetzt sei (1), sondern wünsche, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft im Interesse von ganz Europa seine alte Höhe erreiche, sofern es seinen Verpflichtungen nachkomme, und daß die berechtigten Beziehungen sich so friedlich wie möglich gestalten möchten (2).

Die freundlichen Worte, daß die Entente vor der Anwendung von Strafmaßnahmen Deutschland auffordern müsse, die Vertragsverletzungen einzustellen. Der deutsche Kohlenbedarfsplan müsse mit Rücksicht auf den Beschluß der Alliierten abgeändert werden und werde Montag früh oder Sonntagabend vorgelegt werden. Simons kündigte weiter für Montag einen Antrag für die Ausschüsse der Unternehmern an, der zunächst die finanzielle Gesamtsituation, auch nach Jahresleistungen, umfasse, und die technische Durchführung der laut Friedensvertrag auf die Gesamtproduktion auszurechnenden Sachleistungen anzureichern müsse. Daneben regte der Minister eine internationale Kommission zur Beurteilung der zerstörten Gebiete an, die als nehmerechnung auszuführen und unter anderem soziale Kontrolle gesetzt werden müsse. Darauf wurde die Konferenz am Sonntagabend um 5 Uhr beendet.

### Die Sonntag-Sitzung.

Verhinderung der Kohlenfrage. — Reberklärung des Wiedergutmachungsplanes.

In der Sonntagssitzung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß infolge Unpäßlichkeit Lord George's, die Entscheidung in der Kohlenfrage bis Montag verschoben werde. Minister Dr. Simons erklärte hierauf, daß die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge fertiggestellt seien, bei den Kommissionsverhandlungen der Sachverständigen sei jedoch über die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden.

Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die deutsche Delegation nicht imstande, Vorschläge für die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei. Ministerpräsident Millerand erklärte, daß ihm diese Mitteilung beunruhige.

Dr. Simons betonte, daß nach dem von Milnerand verlesenen Bericht der alliierten Sachverständigen von Deutschland monatlich das zweieinhalbfache des in dem deutschen Vorschlag angelegten Kohlenquantums verlangt werde, wonach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Bedarfs verbleibe. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung zum Ansat einer in der nächsten Sitzung der deutschen Delegation für kurze Zeit vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung überreichte Dr. Simons die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge, angelehnt der Verhinderung, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage erst Montag gefast werde, und ersucht die Konferenz, die Gesamtsachen zusammen mit der Kohlenfrage (Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Bei Absch...  
Worte! Der...  
er, die ange...  
me Hornit...  
wie diese...  
sicht wer...  
sich wichte...  
e man will...  
sich köstli...  
Tage, bald...  
n nicht woi...  
liche Sp...  
schwerer zu...  
ist einer der...  
aus diesem...  
beizität ein...  
in H...  
nur wenn...  
als Dopp...  
immer sein...  
ritische Herr...  
haffen wird...  
schäft er in...  
können nur...  
le und ein...  
und niemand...  
sowie und...  
in Erneuer...  
e wicentim...  
Mitt...  
entstimmun...  
entstimmun...  
über die m...  
die mühen...  
mühen...  
trichten und...  
der schen...  
über dem...  
Kinder sich...  
fest...  
und Alltags...  
b der hohen...  
tere Seimat...  
über einem...  
über wun...  
wir unse...  
trotz finen...  
n nicht ma...  
über anzu...  
in ge...  
den...  
Frei...  
einsetzen zu...  
und es ist...  
schon zu ge...  
der...  
einen hien...  
für die An...  
durch W...  
uppen oder...  
a man sich...  
Neben der...  
dem Best...  
na her...  
überp...  
Seifer un...  
Arbeitsfr...





# Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. White.

37)

(Nachdruck verboten.)

„Guten Morgen, lieber Freund!“ sagte er, während er ihm freudig die Hand schüttelte. „Du hast es mir lauter gemacht, dich zu finden. — Berglich übrigens, daß ich dich zu so früher Stunde überfalle. Aber ich habe eine Nachricht von äußerst Wichtigkeit.“

„Bitte — nimm Platz, Artur. Ich hatte dich heute vormittag erwartet; je früher du da bist — umso besser ist es. Und ich fürchte, dein frühes Kommen bedeutet nichts Gutes für unseren lieben Freund.“

Der kleine Herr lachte, daß seine Zähne unter dem bulgischen Schnurrbart aufblitzten.

„Meine auch, daß sie keine Klaws haben, sich zu freuen!“ erwiderte er. „Die Herren Slawik und Konforten. Der Zufall hat mir da ganz famos in die Hände gearbeitet. Allerdings nicht in deiner Sache, Rudolf — um gleich etwaige hochgehauene Erwartungen herabzudämpfen. Aber doch in einer Sache, die dir, wie ich glaube, heime eben sehr am Herzen liegt.“

Während sie sich beide setzten, zog der Besucher ein Portefeuille hervor und breitete einige Papiere auf einem Tisch aus.

„Zunächst mal das Ergebnis meiner Informationen über Herrn Leon Slawik. Dies Ergebnis ist überraschend genug, lieber Freund! Du wie ich haben den Mann zum wenigsten für einen gewissen Millionär gehalten. Ich

glaube dir — aber mit Bestimmtheit versichern zu können, daß er das nicht ist — daß er heute in Wahrheit nicht viel mehr besitzt, als was bei seiner Art der Lebensführung etwa ausreichen würde, seinen Unterhalt für ein halbes Jahr zu bestreiten.“

„Al! — Aber unmöglich — unmöglich, Artur! — Denke doch an die Opfer, die er sich sein Spiel hier auf Hohenlinden hat kosten lassen.“

„Die ganze Sache ist einfach eine Spekulation von ihm. Mir kam die ganze Sache mit der übertriebenen Liebe dieses Weingens von vornherein verdächtig vor. Das er dafür so große Mittel aufgewendet haben sollte, ersieht doch recht unwahrscheinlich. Und ich bin nun so ziemlich hinter seine Schliche gekommen. Die Opfer, die er gebracht hat, sind in Wahrheit gar nicht so groß gewesen. Er hat allerdings die recht ansehnlichen Barriere Schutden des Grafen bezahlt; nach der Versicherung einwandfreier Leute soll Reingehalt allein zwanzig- oder dreißigttausend Wert von ihm bekommen haben, um im ganzen mögen es wohl hunderttausend oder etwas darüber gewesen sein. Das ist aus Slawiks eigener Tasche geflossen — damals hatte er Geld, denn bei dem famosen Geschäft mit Dir hat er doch wohl so um eine halbe Million herum für sich ins Tordene gebracht. Der gute Slawik glaubte das, was er dem Grafen gab, gut angelegt. Ehe er sich an den Mann heranmadte, hat er sich genau informiert. Er wußte, wie die Rechtsverhältnisse lagen, wußte, daß Larnow in absehbarer Zeit Herr auf Hohenlinden sein würde. Und — was denn doch außerordentlich seltsam erscheint; er wußte, wie das Einkommen des alten Grafen lautete. Von welcher Seite er das erfahren konnte, ist mir vorerst ganz unerkärllich; daß er es aber erfahren hat, weiß ich positiv. Also; er wußte, daß nach weiterer kurzer Zeit Larnow, dessen Rechte an Hohenlinden vorerst ja nur sehr beschränkt waren, all die ziemlich weitgehenden Befugnisse erlangen würde, bis dem Majoratsherrn hier

gutehen. Wann oder wurde Larnow für ihn eine ungeliebte ererbte Geldquelle — wenn er es verstand, ihn bis dahin in eine gewisse Abhängigkeit von sich zu bringen.“

„Und das hat er, weiß Gott, verstanden!“ jagte Rudolf bitter.

„Freilich! — Aber so ganz leicht ist es ihm doch wohl nicht geworden. Denn, wie gesagt, die Mittel gingen ihm schließlich aus. Da gründete er so eine Art Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Zweck es war, Larnow zu ruinieren. Du weißt, daß er Larnow zu einer Spekulation veranlaßte, die ihn dahin brachte, einem gewissen Berghold über eine halbe Million zu schulden. Dieser Berghold ist neben einem anderen dunklen Ehrenmann aber nichts als ein Leibhaber der erwähnten Gesellschaft, deren Haupt Stamm ist. Hier — lies diese Papiere durch, die ein Angestellter Bergholds, der durch eine ungeschickte und rücksichtslose Entlassung hinfällig gemacht worden war, an mich verkaufte. Sie befehlen den ananen Betrug auf, der gegen Larnow verurteilt worden ist, und wurden den Grafen befehlen, sofort gegen Slawik vorzugehen.“

Sorgfältig und eingehend prüfte Rudolf die Dokumente. Aber als er sie dem befreundeten Rechtsanwält wieder zugebot, meinte er doch bedenklich:

„Ich glaube, du siehst die Sachlage zu optimistisch an, Artur! — Es ist möglich, daß dieser Berghold und Slawik bestraft werden würden, überdies man diese Papiere dem Staatsanwalt. Aber mir will es nicht recht einleuchten, daß Larnow damit seiner Vermögensgegenstände in ihrem ganzen Umfang entbehren sein würde — abgesehen davon natürlich, daß seine Privatkaufmann am Slawik bestehen bleibt. Und dann: Larnow hat gewünscht, daß das ihm vorgeschlagene Geschäft nicht ganz ehrenhaft war. Er würde vielleicht sogar bei einem gerichtlichen Verfahren nicht ganz glimpflich davorkommen — von der Gesellschaft aber würde er jedenfalls geachtet werden.“

(Fortsetzung folgt.)

## Ämtliche Anzeigen

### Bekanntmachung.

Für den Standesamtsbezirk Alttranstschitz ist an Stelle des Ertrichters Beibehalter der Gemeindevorsteher Franz Duard in Schladebach zum Standesbeamten und an Stelle des Lehrers Sturm in Wischdorf der Schiffe Erwin Gierisch in Schladebach zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

### Der Regierungspräsident.

### Bekanntmachung.

Für den Standesamtsbezirk Delsa a. S. ist an Stelle des Rittergutsbesizers Dr. von Richter in Delsa a. S. der Dr. richtiger Kurt Wilsdorf in Deglitzsch zum Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 25. Juni 1920.

### Der Regierungspräsident.

### Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte verweise ich auf § 18 der Polizeiverordnung über die Feuerpolizei v. 22. Sept. 1899, wonach Getreide, Heu- und Strohdriemen so aufgestellt sein müssen, daß sie mindestens 100 m von der Umfassung der zunächst liegenden Gebäude, 15 m von öffentlichen Wegen und gemeinschaftlichen Wirtschaftswegen

388 Aufstellung der Getreide, Heu- und Strohdriemen.

830 m " Futterhäufen und 60 m " Radelholzwaldungen entfernt sind. Bei Driemen mit einem Inhalt von mehr als 200 Schock Getreide oder Strohd sind die oben vorgeschriebenen Entfernungen zu verdoppeln.

Merseburg, den 5. Juli 1920.

### Der kommissarische Landrat.

### Bekanntmachung.

Es wird ersucht, die den Gemeinde- und Ortsvorständen übergebenen Vorschriften „Entwurf einer Anweisung für die Hilfskassen der Finanzämter“ den Steuerbehörden zugänglich zu machen.

Merseburg, den 9. Juli 1920.

### Finanzamt.

### Fleischverkauf auf der Freibank

finden am 13. Juli 1920	
vorm. von 8-9 Uhr auf die Nummern	3501-3575
" " " " " " " " " " " "	3576-3650
" " " " " " " " " " " "	3651-3725
" " " " " " " " " " " "	3726-3800

Merseburg, den 12. Juli 1920.

### Das städtische Lebensmittelamt.

## Bung!

### Neuzeitliche Geldschafts- und Steuer-Buchführung

für jeden Handwerker, Gewerbetreibenden und Landwirt.

Auf mehrfältigen Wunsch beginnt Montag, den 19. Juli d. Js., abends 7 Uhr, in Merseburg a. S., Grüne Straße 2 (bei Thiele) ein nächster Kursus in den allerorts benötigten Steuer-Buchführungs-Verfahren und werden Anmeldungen biselbst noch entgegen genommen. — Wir empfehlen uns in Einrichtungen von Buchführungen nach und, obigen Verfahren, in Buchführung im Abrechnen, sowie in Fern-Buchführung

Neuzeitliche Geldschafts- und Steuer-Buchführungs-Systeme  
Brenndrucker und Schmalz.

### Verbilligte Cigarren

topflos in Stampfform, aus rein überfeinem Tabak (Sumatra - Java - Brasil)

Zehnstückbindung in 1/2 Kartonpackung, Länge 9 cm, bei Großabnahme Mk. 380.—

verkauert mit Mk. 650.— p. Mille.

B. Goetting & Co., Ebersdorf-Neuh. gegründet 1749. Abteilung: Fabrikation.

## Familien-Anzeigen.

Verlobt: Fr. Wida Wiedermann mit Herrn Wilhelm Loeber, Mücheln.

Gelobten: Herr Gust. Wod. Wiedermann; Herr Fritz Müller, Schönewitz; Herr Fr. Sahlke, Klein-Köna.

## Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Herr, T. d. Arbeit, Emil Telschener. — Beerdigt: Der Zimmermann Franz Witter und ein unebel. Knabe.

Stadt. Getauft: Hse, T. des Zimmerm. Voel. — Getauft: Der Frau W. Ulrich mit Frau G. geb. Schürig; der Pelzer R. Wühlischen mit Frau B. Schmidt; der Wälschmied P. Rode mit Frau E. geb. Volkmer; der Arbeiter G. Anop m. Frau M. geb. Pfeiffer; der Zimmerer G. Wäbner mit Frau G. geb. Wiegand. — Beerdigt: Die Ehefrau des Kaufmanns Speiser; die Ww. Wendte.

Altendorf. Getauft: Der Bäcker Otto Schrepper mit Frau M. geb. Schwarze.

Neumarkt. Getauft: Heinz, S. d. Zimmermann Wenzel. Getauft: Der Arbeiter W. Morjan mit Frau M. geb. Hert. — Beerdigt: Die Lebt. des Steinmetz Müller.

## Angabe von Butter und Margarine.

Sonnabend, den 17. Juli 1920. Es werden ausgeteilt: 100 Gramm Butter zum Preise von 3,10 Mk. 50 Gramm Margarine als Sonderzuteilung zum Preise von 1,35 Mk. Auf jede Zuteilmarge mit dem Mark. 1/2 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,55 Mk. Fettmarken mit dem Mark. 1/2 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,35 Mk. Fettmarken mit dem roten Mark. 1/2 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,35 Mk. Merseburg, den 5. Juli 1920. Das städt. Lebensmittelamt. R.-M. H. 1442/20.

## Ackerverkauf.

Wittmoß, den 14. d. Mts. vormittags 12 1/2 Uhr, findet in Galtshausen bei Galtshausen b. Dürrenberg der Verkauf von ca. 4 Morgen Acker und Viehle — zum Nachlass des verstorbenen Herrn Emil Zalsch, Galtshausen, gehörig — öffentlich, meistbietend statt. Bedingungen im Termin, 1000.— Mark Bietungskaution sind zu hinterlegen.

Albert Franke, beidgl. Auktionator.

Wegen Aufgabe des Geschäftes verkaufe 2 Pferde, Rinderwagen sowie eine Registrierkasse. Karl Kellermann, Fleischermeister.

# Vereinigte Theater.

Kammerlichtspiele. Modernes Theater.

Al. Ritterstraße Nr. 3 —: Telephon 529 —: Gr. Ritterstraße Nr. 1

## Der Brunnen des Wahnsinns!

Orientalisches Sensations-Drama in 5 langen Akten von Dr. Alfred Schirrauer.

In der Hauptrolle: Eobach Gizza und Georg Henrich.

## Rächer Tod!

Sensationeller Liebesroman in 5 Akten.

In der Hauptrolle: Die berühmte ungarische Schauspielerin Frida Gombaszögi.

In beiden Theatern: Ausgewählte vorzüglichste Beiprogramme. Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

### Achtung!

Auf vielseitigen Wunsch bin ich — am Mittwoch, den 14. Juli, — von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. in Merseburg, im Gasthaus „Zum alten Deffauer“ und

## Wäsche-tausche

gegen wollene Strumpfabfälle sowie gewaschene und ungewaschene Schafwolle mein

### la rein wollenes Strickgarn

finden. Niemand veräume diese letzte, vor dem Herbst stattfindende Gelegenheit.

**Bruno Obermüller.**  
Wolle u. Garne. Mühlhausen.

### Achtung!

Stadthetheaterhalle

Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Ais lich noch im Flügelkeld.

Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Die Airkonein.

Die Partit-Berpackung im Angarten findet nicht statt.

**Albert Franke.** beidgl. Auktionator.

Zuverlässiger Nachtwächter gesucht.

Personlich zu meiden bei **Director Web r** — Dalfische Straße 8.—

## Maul- und Klauenseuche

gegen Seuchen-Apparate

(D. R. P. a. System Ungelenk D. R. G. M. 591 515) am Besten. Jeder Tierhalter, der sich vor grossem Schaden bewahren will, muss den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behrliche Empfehlungen. Verlangen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirten gut eingeführt sind, gesucht.

**Friedrich Hanft, Nürnberg.**  
Ad. 611, Apparate.

### Acker-Verpachtung.

Wittmoß, den 14. Juli d. J. nachmittags 5 Uhr, findet im Gasthof zu Raundorf bei Ackerbörden die Verpachtung von ca. 26 Morgen Acker, dem Herrn Gustavberger Otto Berger zu Raundorf, gehörig, in Raundorf-Ackerbörden-Bur gelegen — in Parzellen von 2 Morgen und mehr auf 4 Jahre öffentlich meistbietend statt. Bedingungen im Termin, 1000.— Mark Bietungskaution sind zu hinterlegen.

**Albert Franke,** beidgl. Auktionator.

Geld! auch ohne Bürgen sofort auszuleihen durch **C. Wolf, Chemnitz** — Bernsdorferstraße 46. — Telephon 8938.

### Hausgrundstücks-Verkauf.

Dienstag, den 13. d. Mts. nachm. 6 Uhr, werde ich im öffentlichen Auktionslokal hier, das Hausgrundstück Weisse Mauer Nr. 9, öffentlich, meistbietend veräußern. Bedingungen im Termin, 5000.— Mark Bietungskaution sind zu hinterlegen. Wohnung kann sofort bezogen werden.

**Albert Franke,** beidgl. Auktionator.

### Möbliertes Zimmer

unbäuhlich mit Pension für Jung. Beamten gesucht. Angeb. an **597 an die Exped. d. Mittels.**

Verantwortliche Redaktion Volkmann, Ders. und Pros. Teil: Ganns 30. Sport: M. Gochheimer, Anzeigen: G. Dals. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt S. Dals. sämtlich in Merseburg.



# Beilage zu Nr. 151 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 12. Juli 1920.

## Hugo Stinnes gegen Millerand.

Die Rede, die Hugo Stinnes in der Sonnabend-Vormittagssitzung der Spaak-Konferenz hielt, lautet: Sie werden sehen, damit ich meinen Zuhörern ins Auge fallen kann, besaßen ich, weiß, daß mit den jetzt üblich gewordenen „Decisionen“ es nicht getan ist. Sie sind das Obr, durch das die europäische, ja die ganze Welt hören will, was wir Deutsche in einer europäischen Lebensfrage, die ohne unsere Zustimmung nicht zu lösen ist, zu sagen haben. Sie sind gedruckt, hier oder anderwärts. Die Zahlen des Herrn Millerand kann ich, soweit sie Frankreich betreffen, nicht anerkennen, auch nicht zahlenmäßig befreiten; soweit sie sich auf den Verordnungsstand Deutschlands beziehen, der im 19. v. S. im Allgemeinen, zu 65 v. S. in der Eisenindustrie angegeben wird, sind sie unrichtig. Als deutscher Industrieller weiß ich, daß die Verordnungsgeber nicht annähernd so v. S. betragt. Auerkennen muß ich, daß die französischen Verordnungsverhältnisse ebenfalls unerträglich schlecht sind und daß ganz abgesehen vom Friedensvertrag, der zwar ein Recht geschaffen hat, aber ein armen ausgehungerten Volk abgepreßt, ein gleichsam unermessliches Anrecht auf französischer Seite besteht, daß jeder deutsche Unternehmer und Arbeiter das Verstehe mit, um dem im Kriegesjahrzehnten Frankreich aus seinem jegigen Zustand heraus zu helfen. Wir erkennen an, daß umfassen die Verantwortungen zu größter Anstrengung vorhanden ist, weil viele französische Gruben im Nord und Pas de Calais zerstört worden sind, infamisch, wie Herr Millerand sagen kann, aber nicht aus Abenteuer und Banditenmoral, sondern aus einer klar erkannten militärischen Notwendigkeit, sich doch 1914 und 1915 die deutschen obersteilischen Gruben mit durch ein Zander dem gleichen Geschick entzogen.

Wir haben Vorwürfe über eine unerhörte, rechtswidrige Handlungsweise, in der Kohlenlieferung gehört. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferung vor dem 10. Januar 1920 plus 120 Tage, d. h. also 10. Mai 1920, besteht überhaupt nicht. Das vorher geltend gemachte ist, geschah aus einem natürlichen Selbstschutzeempfinden heraus, das sich jetzt als falsche Sentimentalität erweist. Wir haben entgegen den Anforderungen der Reparationskommission zu liefern, was über die zwinzenden Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftens hinaus erbracht werden kann, und zwar zurecht im Ausmaß bis zu 29,5 Millionen Tonnen jährlich ohne Zurechnung, ansehnlich für Anhalt ist das Äquivalent von 20 Millionen Tonnen jährlich, eine vollständig unmittelbare Hilfe. Im Frühjahr 1919 betrug die Förderung im Ruhrgebiet, das für die unmittelbaren Lieferungen an Frankreich auszufolgegebend ist, rund 220 000 Tonnen täglich. Sie ist jetzt auf 285 000 Tonnen gestiegen. Damals wurde schon in

Erkenntnis der kommenden Entwicklung seitens der Bergwerksleiter im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und der deutschen Regierung eine Steigerung der Produktion in den Bergwerksbezirken in bisher niemals geübter Umfang vorzuschlagen. Allein im Ruhrgebiet sollen mit Familien von ca. 600 000 Menschen angesiedelt werden. Allein im Ruhrgebiet werden Millionen von weit über 6 Milliarden Mark entstehen, davon über fünf Milliarden nicht dauernde Werte infolge der bestehenden Teuerung, also ein gewaltiger Verlust, um eine gezielte Förderung an Frankreich zu ermöglichen. Die Steigerung geht abwärts von Mängeln der ersten Draufsetzung, nicht bloß von Kosten, weil es wegen des Kohlenmanuels in Deutschland an Bauhoffen aller Art mangelt. Auch mangelt es an Geld.

Die Million Tonnen, die heute als Grundstock der monatlichen Lieferungen an die Entente angesehen werden können, ist erträglich, durch die mit 100 Proz. Aufschlag bezahlte Heberarbeit deutscher Bergleute, deren Ernährungszustand noch vielfachiger Hungerfödele ist, deren Familien heruntergekommen und abgerichtet sind.

Zur Zeit sind wieder Verhandlungen im Gange, um noch mehr überarbeiten, nämlich anderthalb Stunden, wodurch eine weitere beträchtliche Förderungssteigerung sofort eintreten würde. Wir lassen demnach als Realisten auch die Möglichkeit ins Auge, daß wir Sie nicht überzeugen können, daß durch uns das Verstehe getan ist, so daß Sie zur Gewaltanwendung schreiten, zur Besetzung des Ruhrgebietes oder dergl. — Selbst wenn dieser Gewaltakt mit Schwärzen auszuführen werden sollte, bei deren Ausfall als Träger öffentlicher Gewalt jedes Weihen und Deutschen der sich empört, so kann damit weder für Frankreich noch für Europa etwas genützt werden. Neue Arbeiter werden nicht eingestellt. Der jegliche Zustand europäischer Kohlennot, dem sonst etwa in drei Jahren abgeholfen werden könnte, wird in Permanenz erklärt und damit der Zustand wirtschaftlicher europäischer Schwachmacht wegen Kohlenlieferungen. Alle auf Europa fahrenden Schiffe werden mangels Kohlenauftracht nur einseitig beladen sein. Eine unendliche Erschwerung hat die Kohlenfrage durch die gestrige Entscheidung in militärischen Fragen erhalten. Daraus werden Unruhen sät in aller Welt entstehen, die Folgen an Produktionsausfall werden auf Sie in erster Linie zurückfallen.

Das Kohlenproblem auf dem Kontinent ist ein einheitliches. Die Ruhr und Oberschlesien sind nicht voneinander zu trennen. Wir sind bereit, mit bestem Willen mit Ihnen zu überlegen, wie wir Ihnen schnell und gründlich helfen können. Ein Diktat können wir nicht annehmen. Aus sachlichen und rechtlichen Gründen sind die Punkte 1—4 Ihrer Kohlenentscheidung unannehmbar.

## Politische Rundschau

### Vor der Volksabstimmung im Osten.

Die Vorbereitungen für die Volksabstimmung in Ostpreußen waren am Sonnabend vollständig beendet. Am Freitag fand noch einmal in Weidenburg ein deutscher Tag statt, wobei, wie bei allen derartigen Veranstaltungen, die gesamte Bevölkerung ein einstimmiges Befinden zum Ausdruck brachte.

Auf dem Deutlichkeit in Christburg bei Marienwerder fuhr als der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer auf dem Markt sprachen wollte, ein Auto mit der Aufschrift „Soch leben Polen“ durch die Absperrung der Sicherheitspolizei und warf polnische Flugblätter ab, während ein Anstöße mit einem Sammelbüchse auf die Deutschen einschlug. Die erste Menge vertriebte die polnischen Agenten und verbrannte die Flugblätter unter Abkennung von „Deutschland, Deutschland, über alles“ an Ort und Stelle.

Auf dem Bahnhof Grausee bei Marienwerder wurde am Freitag ein polnischer Agent festgenommen, der 260 000 Dollar, mehrere Souvenirs, einen Kasten kleiner Abzeichen in Form des polnischen Adlers und einen polnischen Bataillonschef bei sich hatte. Die, wie gemeldet, in Grausee festgenommenen 100 polnischen Soldaten in bürgerlicher Kleidung werden von zu Hilfe gerufenen Angehörigen in der Schule überwacht. Außerdem trafen aus Königsberg stammende polnische Studenten in Grausee ein.

### Keine obersteilischen Kohlen für Polen.

Der Arbeiter- und Betriebsrat der Königin Luise-Grube in Hindenburg beschloß entgegen einem Protest der polnischen Berufsvereinigung und entgegen dem Kohlenverteilungsplan der internationalen Kommission mit großer Mehrheit, daß keine Kohlen der Grube an das kriegsführende Polen und nach Ungarn ausgeführt werden.

### Der neue Regierungspräsident von Königsberg.

Der sozialdemokratische Rechtsanwalt West ist von der preussischen Regierung zum Regierungspräsidenten für Königsberg ernannt worden.

### 892 „Kriegsverbrecher“.

Donat Lato teilte im englischen Unterhaus mit, daß die alliierten Regierungen von der deutschen Regierung die Auslieferung von 892 Personen gefordert hätten, die in einem Verzeichnis namentlich aufgeführt seien. Die Alliierten hätten der deutschen Regierung allerdings versprochen, einen Teil dieser Leute durch das Reichsgericht aburteilen zu lassen.

### Deutsch-böhmischer Generalstreik.

Nach Meldungen aus Deutsch-Böhmen ist der Generalstreik erklärt worden, weil die Forderungen nun bereits monat-

lang Deutsch-Böhmen in der unerhörtesten Weise in der Nahrungsmittelversorgung benachteiligen und nicht tun, um dem Sonnenland ein Ende zu bereiten, außerdem wegen des Kriegsentwickeltes, durch das die Deutschen zum größten Teil ihres Vermögens beraubt wurden, auch in allen Heimern und Familien ruht die gesamte Arbeit.

### Entwaffnung eines Freikorps.

Angehörige des kürzlich aufgelösten Freikorps Brandenburg, die zu Antikriegsmassnahmen als Vorbereitung der Aufhebung in das Kaiser Gölz in Ucker Mark, Provinz Hannover gegangen waren, haben nach einer Meldung aus Hannover die Vorbereitung der Abgabe sämtlicher Waffen zur teilweise erfüllt und einen Teil ihrer Waffen verheimlicht. Unter Führung des Bielefelder Oberleutnants wurden die Leute teils aufgeführt und drohen mit Gewalt. Darauf hat Oberpräsident Klose durch Sicherheitspolizei die Entwaffnung vornehmen lassen. Am 6. Juli wurden beschlagnahmt: 163 Gewehre, 26 Karabiner 113 Handgranaten, ferner Revolver, Pistolen und Munition sowie viel Bezeuges. Obmes wurde am selben Tage in Berlin verhaftet und dann der Staatsanwaltschaft in Hannover vorgeführt.

### Lord Fisher †.

Nach einer Meldung aus London ist Lord Fisher, der ehemalige Lord der Admiralität, am Sonnabendmorgen gestorben.

## Sitzung der Stadtverordneten

\* Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand am Sonnabend im alten Rathaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Stadtverordnetenvorsteher Kunze ein Dankschreiben der Beamten für die Befolgungsordnung zur Verlesung. Hieran wird in die Tagesordnung eingetret.

1. Entschädigung gegen die Steuererhebung in Reich und Staat. Der Berichterstatter Stadtv. Koenen (H. S.) bringt die Entschädigung des Magistrats, und die Begründung, welche wir bereits mittelfristig zur Verlesung. Abg. Wöhe (Dn.) betont, daß eine Änderung der Steuererhebung jetzt nicht möglich und unzulässig sei. Worauf es jetzt fehle, sei die Möglichkeit, die bereits beschlossenen Steuern reich durchzuführen. Die Einlage wird wenig Zweck haben, immerhin könne man ihr zustimmen. Die Vorlage des Magistrats findet einstimmige Annahme.

2. Bewilligung der Mittel für die Einrichtung der Fortbildungsschule, Kaiserstraße 4. Es handelt sich um 16 000 M., die nötig sind um genügend große Schulräume für die Fortbildungsschüler zu beschaffen. Stadtv. Richter (H. S.) betont, daß die Räumung der Kaserne durch das Militär in Aussicht gestellt worden, aber nicht erfolgt sei. Stadtv. Krüger (M. S.) regt an, Deckenbeleuchtung einzuführen, da die Hängelampen zu sehr blenden. Der Antrag wird angenommen.

3. Verkauf von Häusern auf Ritters Plan. Wir haben über die Vorlage eingehend berichtet. Stadtv. Heberer

berichtet über die Vorlage. Stadtv. Landesbaurat Kuprecht neigt auf die Rückben ein und bittet, genau anzugeben, wie groß die Verluste im einzelnen sind. Erster Bürgermeister Herzog erklärt, daß heute noch nicht genau angegeben werden kann, wie hoch die Verluste der Stadt sein werden, da weitere Aufschüsse vom Staat und Reich beantragt sind. Stadtv. Mahlo behauptet diese Maßnahme die Häuser zu verkaufen, gibt aber schließlich zu, daß kein anderer Weg bleibt. Erster Bürgermeister Herzog betont, daß die Stadt Vergebung immerhin zur Hälfte des heutigen Verfallenspreises bezahlt hat. In Bezug auf die Vergebung der Wohnungsverhältnisse ist es gleich, ob wir die Häuser verkaufen oder vermieten, für die Finanzen der Stadt ist aber ein Verkauf zu den vorliegenden Bedingungen weit vorteilhafter. Es ist im Magistrat der Vorschlag gemacht worden, dem Magistrat anheim zu stellen, im Einvernehmen mit der Grundeigentumskommission nach dem Formular dieses Vertrages weitere Verträge abzuschließen. Stadtv. Richter betont gleichfalls die Notwendigkeit dieses Verfahrens, wenigstens es seine Bedenken hat. Er weist darauf hin, daß unsere Gebäude im Vergleich zu ähnlichen auswärtigen vorbildlich sind. Stadtv. Landesbaurat Kuprecht bemerkt, daß der Verkauf der Häuser von jeher vorgehien war. Man müsse jedoch dafür sorgen, daß die Käufer, z. B. die Miethelfer, seine Mieter von auswärts hineinbringen, die Genehmigung des Wohnungsamts müßte eingeholt werden. Stadtv. Veltzsch wendet sich gegen den Plan von Einfamilienhäusern und ebenso dagegen, daß Familien, denen Wohnungen auf Ritters Plan in Aussicht gestellt waren und die ihre alten Wohnungen daraufhin gekündigt haben, nun rückständig im Stich gelassen werden. Am gleichen Sinne äußert sich Stadtv. Koenen. Erster Bürgermeister Herzog betont, daß in keinem Falle ein Miethetrag abgeschlossen war. Keine der betr. Familien ist ohne Wohnung. Der Antrag wird angenommen, ebenso wie Kuprecht, daß der Magistrat nach Änderung der Grundeigentumsdeputation gleiche Verträge abschließen darf. Stadtv. Kuprecht und Erster Bürgermeister Herzog betonen noch den Grundatz, daß Auszug von auswärts nach Möglichkeit ferngehalten ist.

4 u. 5. Erhöhung des Wasserpreises von 70 auf 90 Pf. pro Kubikmeter. Ermäßigung des Gasgrundpreises von 42 auf 24 Pf., somit des Gaspreises auf 1,50 M. Die Erhöhung des Wasserpreises ist auch deshalb nötig, weil der Erneuerungssatz, dessen Bildung früher übersehen war, bei den heutigen Preisen einer Stärkung dringend bedarf. Die Stadtv. Wolke (Dn.) und Stadtv. Gieseler (Dn.) hatten die starke Erhöhung des Wasserpreises vom sanitären Standpunkt für bedenklich. Erster Bürgermeister Herzog betont, daß der Wasserpreis in anderen Städten weit höher ist, diese Rücklagen für den äußersten Notfall sind dringend erforderlich. Stadtv. Wolf (H. S.) stimmt den Ausführungen des Stadtv. Gieseler bei und schlägt zur Umhebung der sanitären Bedenken vor, Hausflüsse je nach Größe der Wohnungen zu schaffen. Erster Bürgermeister Herzog erklärt, daß die dann eintretende Wasserüberschneidung zu einer Ueberlastung des an der Grenze der Leistungsfähigkeit stehenden Wasserwerks führen würde. Der Magistratsantrag wird in beiden Fällen angenommen.

6. Schaffung von städtischen Freibadeneigenheiten durch einen Zuschuß von 4000 M. Die Badeanstalten von Henstlich

und Sternberg sind von der Merseburger Schwimmerschiff auf mehrere Jahre gepachtet worden. In der Sternbergener Badeanstalt bestand sich ein Freibad, für das die Stadt an den Besitzer zuletzt jährlich 800 M. zahlte. Mit der Merseburger Schwimmerschiff sind, nachdem sie die beiden Bäder anfallen übernommen hatte, Verhandlungen dahingehend seitens des Magistrats geführt worden, daß in jeder Badeanstalt eine dient jetzt den männlichen, die andere den weiblichen Geschlecht zum Baden eine dauernde Freibadeneigenheit geschaffen wurde. Die Merseburger Schwimmerschiff erklärte sich schließlich zur in der Lage, das Freibad, nach Ansicht des Magistrats ganz unzulängliche Freibad weiter zur Verfügung zu stellen gegen eine Entschädigung von 6000 M., während der Magistrat für die Schaffung von zwei ausreichenden Freibadeneigenheiten insgesamt 4000 M. zu zahlen bereit war. Da auf dieser Grundlage eine Einigung nicht erzielt wurde, machte die Merseburger Schwimmerschiff mehrere andere Vorschläge. Danach sollen der Stadt beide Badeanstalten ganz oder an einzelnen Wochenenden überlassen werden gegen eine Vergütung von jährlich 600 M. Anmerkung ist eine Einigung erzielt. Der Merseburger Schwimmerschiff wird gegen die Verpflichtung, die von ihr gepachteten Bäder anfallen als Freibäder ohne Zellenbenutzung Dienstag Vormittags, Donnerstags und Sonnabends nachmittags von 4 000 M. zahlbar mit je 1000 M. am 1. und 15. August, 1. und 15. September, erwährt. Stadtv. Grimm begrüßt den Antrag und ersucht den Magistrat, nunmehr dafür zu sorgen, daß das Baden an verbotener Stelle unterbunden wird. Stadtv. Klose (H. S.) begrüßt die Vorlage ebenfalls, beantragt dieselbe jedoch nur als Protestorium und bittet dafür zu sorgen, daß die Zellen nicht zu teuer vermittelt werden. Der Antrag wird angenommen.

Am Schluß kommt ein Schreiben der Räte für Kriegsinhaberinnen zur Verlesung, in dem auf die mannigfachen Mittel hingewiesen wird und der Magistrat nun Unterstützung gebeten wird. Frau Schatz und Genossen fragen an, was in der Krone des Säuglings- und Kinderheims geschehen ist. Stadtv. Wölkel erklärt, daß diese Verrechnungen bisher an der Hauptkasse abgewickelt sind. Dem wird von unabhängiger Seite entgegengehalten, daß ein annehmbarer Vorschlag unterdrückt geblieben sei. Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen, es schließt sich noch eine geheime Sitzung an.

## Turnen, Spiel und Sport

Leichtathletik. — V. B. Hohenzollerns Leichtathleten S. Meißner, Pipisch und W. Weber waren gestern in Berlin und starteten bei der Veranstaltung Germania-Berlin. Im 800 Meter wurde Meißner erster. In der 3x1000-Meter-Staffel vertritt die V. B. Berlin einen Rekord anzustellen, der aber misslang. W. S. und die Staffeln Hohenzollern-Merseburg lief vom Platz aus. Erster wurde Germania mit 180 Meter Vorabgabe. W. S. ging als Viertes und Hohenzollern als Sechster ein. Die Vorabgaben der anderen Mannschaften lagen zwischen 100 und 180 Meter. Da die beiden Mannschaften Berlin und Merseburg als Mannschaften aufgestellt waren, beweist die Wecht, daß diese Mannschaften zurzeit die besten sind.